
Neue Westfälische vom 29.11.2017, S. 7

Opposition wirft NRW-Regierung Missachtung vor

Anfragen von Abgeordneten: Die Grünen im Landtag sehen ihre Frage- und Informationsrechte verletzt.

Die SPD spricht von "Arroganz der Macht". Die Staatskanzlei sagt, man habe sich "im Vergleich leicht verbessert"

Von Florian Pfitzner

Düsseldorf. Die schwarz-gelbe NRW-Regierung hat Dutzende Kleine Anfragen der Opposition nicht fristgerecht und mitunter nur grob beantwortet. Teilweise sind die Schreiben erst mit mehrwöchiger Verspätung eingetroffen. Das geht aus einer Auflistung der Landtagsfraktion der Grünen hervor, die dieser Zeitung vorliegt.

Die Grünen werfen der Landesregierung eine Missachtung parlamentarischer Regeln vor. Ihre Trägheit würden nicht nur die Frage- und Informationsrechte des einzelnen Abgeordneten verletzen, sondern die des gesamten Hohen Hauses, heißt es in einem Beschwerdebrief an Landtagspräsident André Kuper. Er sieht sich darin aufgefordert, die "umfassende Auskunftspflicht der Landesregierung gegenüber dem Parlament" sicherzustellen.

Zudem kritisieren die Grünen die "Art und Weise der Beantwortung", die parlamentarische Geschäftsführerin Verena Schäffer kritisiert gegenüber dieser Zeitung "eine gewisse Schnoddrigkeit". Konkret geht sie auf die Kleinen Anfragen des Abgeordneten Horst Becker ein, in denen er sich nach der Ministerehrenkommission erkundigt. Darin fragt der Grünen-Politiker, "an exakt welchem Tag" Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sie berufen habe.

Bereits Ende August wollte Becker mehr über das Gremium erfahren, das in NRW die Vermögens- und Tätigkeitsangaben von Ministern auf Interessenkonflikte hin prüft. Ihn gehören heute die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU), Ex-Gewerkschaftschef Hubertus Schmoldt (SPD) sowie der Ehrenpräsident der rheinischen Notarkammer, Hans-Christoph Schüller, an.

Bislang wusste man kaum etwas über den kleinen Kreis und dessen vertrauliche Verhandlungen. Eingeführt im Jahre 2000 geriet die Ministerehrenkommission erst in den Fokus, als zuletzt gleich mehreren christdemokratischen Kabinettsmitgliedern Interessenkollisionen im Amt vorgeworfen wurden.

In ihrer ersten Antwort ging die Landesregierung über die Frage des Abgeordneten Becker hinweg, die zweite formulierte sie kaum genauer. "Ich habe die Mitglieder der Ministerehrenkommission nach meiner Wahl zum Ministerpräsidenten berufen, binnen einer Zeitspanne, die nicht von dem Zeitraum meiner Amtsvorgängerin abwich", ließ Regierungschef Armin Laschet (CDU) vage mitteilen. Erst im dritten Anlauf und nach Androhung rechtlicher Schritte nannte er den genauen Tag: 31. Juli 2017.

Schäffer ärgert die schleppende Auskunft des Regierungsapparats. Kleine Anfragen seien ein "wichtiges Instrument zur Informationsbeschaffung, damit wir unsere Kontrollfunktion als Abgeordnete vernünftig wahrnehmen können", sagt sie.

In der SPD gibt es ähnliche Erfahrungen. Bisher habe die Fraktion 300 Kleine Anfragen gestellt, mehr als die Hälfte der Antworten seien erst nach Ablauf der Frist eingetroffen, sagt Vizefraktionschef Christian Dahm. Häufig fehlten Informationen, Quellen oder Bezugspunkte. Darin zeige sich die "Arroganz der Macht".

Die Regierung sieht die Ursprünge im rot-grünen Umgang mit Landtag und Abgeordneten. Was die

Beantwortung Kleiner Anfragen der noch jungen schwarz-gelben NRW-Koalition angeht, "konnte die Fristentreue im Vergleich zur Vorgängerregierung bisher nur leicht verbessert werden", sagt Regierungssprecher Christian Wiermer. Der Regierung reiche das noch nicht, strenge sich deshalb an, um "durch eine stärkere digitale Gestaltung der Verfahrensabläufe Zeit in der Abstimmung einzusparen".

Rheinische Post vom 29.11.2017, S. 11

Bayer stoppt Gesichtsscanner in Apotheken

VON ANTJE HÖNING

LINZ Wenige Tage nach dem Start hat Bayers Pharmatochter eine umstrittene Werbung wieder gestoppt. „Bayer Austria beendet den Pilotversuch mit Gesichtserkennung zu Werbezwecken in zwei Apotheken“, teilte der Konzern mit. „Wir wollten einen innovativen Weg gehen, haben aber gesehen, dass das Thema kontroversiell wahrgenommen wird. Daher möchten wir das Projekt beenden.“

Was war geschehen? Der Pharmakonzern hatte in zwei Apotheken in Linz eine neue Form von Produktwerbung getestet: Dabei wurde mittels Kameras ein Gesichtsscan der Kunden erstellt, mit dessen Hilfe bestimmte eine Software das Geschlecht und das ungefähre Alter (plus/minus fünf Jahre) der Kunden. Auf dieser Basis spielte der Computer dann eine zielgruppenspezifische Werbung aus, wie die Sprecherin von Bayer Austria erläutert. Bei älteren Frauen etwa wurde das Vitaminpräparat Supradyn beworben. Bei anderen Zielgruppen wurde Werbung zum Schmerzmittel Aspirin

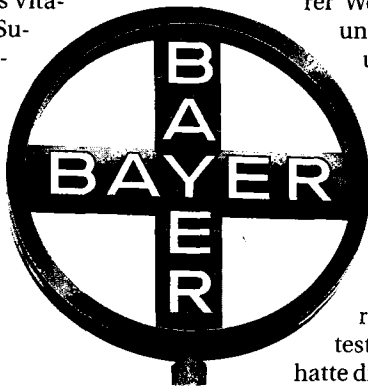


FOTO: AFP

complex, der Wundsalbe Bepanthen oder dem Magenmittel Ibuprofen eingeblendet, so die Sprecherin weiter.

Ein ORF-Journalist hatte die Geräte entdeckt und per Twitter bekannt gemacht. Daraufhin gab es in sozialen Netzwerken viel Kritik. Als es auch in der Apotheke selbst negative Reaktionen gegeben habe, habe man das Projekt gestoppt, so Bayer.

Die Sprecherin betonte, die Erkennungs-Algorithmen liefen lokal, der Computer sei nur zu Wartungszwecken an das Internet angeschlossen gewesen. Bilder seien nicht gespeichert und nicht weitergegeben worden. Zudem habe man aus Transparenzgründen bei der Eingangstüre der Apotheke einen Hinweis angebracht, dass dort die Technologie eingesetzt wird. In Österreich und auch in Deutschland liegt das Projekt nun auf Eis.

Im Sommer hatte schon die Warenhaus-Gruppe Real mit Gesichtsscannern für Wirbel gesorgt. Sie hatte in 40 Filialen die Betrachter ihrer Werbe-Displays nach Alter und Geschlecht analysiert und wollte ebenfalls gezielt Werbung ausspielen. Nach Protesten von Datenschützern beendete die Metro-Tochter das Projekt. Man habe zwar keine Persönlichkeitsmerkmale von Kunden gespeichert, reagiere aber auf den Protest. Auch die Deutsche Post hatte die Technik ausprobiert.